

FreiBrief aus Berlin

Januar 2017



THORSTEN FREI.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich wünsche Ihnen ein gutes, gesundes und erfolgreiches 2017. Ich freue mich auf unsere Begegnungen im neuen Jahr.

Mit Blick auf die vergangenen Wochen zeigt das Attentat von Berlin, dass auch wir unverändert im Fokus von Terroristen stehen und wie verletzlich unser Land ist. Mein Mitgefühl gilt den Angehörigen der Opfer. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir uns dem Terror nicht beugen und unsere Art zu leben nicht aufgeben dürfen. Wir werden als Gesellschaft noch enger zusammen- und füreinander eintreten müssen. Und die Bundesregierung und die Koalition im Bundestag werden für mehr Sicherheit sorgen. Notwendige Schritte sind bereits eingeleitet. Darüber hinaus möchte ich mich bei den tausenden Polizisten für ihre hervorragende Arbeit bedanken – dies gilt gerade mit Blick auf die Silvesternacht.

Herzlichst

A handwritten signature in blue ink that reads "Thorsten Frei". The signature is written in a cursive style.

Möglichkeiten von DNA-Beweisen vollständig nutzen

Es ist geradezu absurd, dass wir überall von Digitalisierung und Vorsprung durch technischem Fortschritt sprechen, gleichzeitig aber bei der Verfolgung von schweren Straftaten auf Methoden und Festlegungen von vorgestern zurückgreifen. Folglich wundere ich mich, dass die Debatte zur Nutzung erweiterter DNA-Analysen erst mit dem Freiburger Vergewaltigungsfall aufgenommen wurde und letztlich auch nur recht verhalten verlief. Für mich gilt in diesem Zusammenhang, dass Datenschutzüberlegungen zu persönlichen Daten möglicher Täter keinerlei Vorrang vor dem Aufklärungsinteresse von Staat, Angehörigen und Gesellschaft haben. Ganz im Gegenteil. Wer gegen die staatliche Ordnung verstößt und die Rechte anderer mit Füßen tritt, kann keine derartigen Schutzrechte haben. Folglich sollten wir schnell die technisch mögliche Bestimmung von Augen-, Haar- und Hautfarbe sowie des biologischen Alters und der biogeografischen Herkunft einführen. Diese Methodik schränkt den Kreis der Verdächtigen und damit die Reichweite von Eingriffen ins Persönlichkeitsrecht deutlich ein. Dadurch, dass Ermittlungen auch schneller und zielgenauer erfolgen könnten, würde die Chance zur Aufklärung steigen. Deshalb sind es wir allen Opfern und ihren Familien schuldig, dass die vollständige Auswertung von DNA-Spuren schnell Einzug in den Polizeialltag hält. Die umfassende Ausnutzung der heutigen Verwertungsmöglichkeiten von DNA-Spuren ist ein Gebot der Rechtsstaatlichkeit. Deshalb ist der zuerst von Justizminister Guido Wolf unterbreitete Vorschlag zur Änderung der Strafprozessordnung längst überfällig. Ohnehin bin ich überzeugt, dass eine weitergehende Auswertungssystematik eine abschreckende Wirkung auf alle möglichen Täter hat. Dazu gehört auch, dass Deutschland bei der Einreise durch Drittstaatsangehörige neben biometrischen Daten auch DNA-Merkmale erhebt.



Innovationswalz zur Bildung 4.0: Geballte Bildungspower aus Donaueschingen und St. Georgen macht Station im Bundestag



Abgeleitet vom Konzept der historischen Walz, mit der Schwarzwälder Uhrenmacher ihre Technik in alle Welt trugen, sind derzeit die ehemaligen Donaueschinger Schüler Philipp Bürk, Alexander Kaiser und Lukas Werb in aller Welt unterwegs, um zusammen mit Unternehmenspartner Martin Zimmermann aus St. Georgen und Ihrem ehemaligen Schulleiter vom Fürstenberg Gymnasium, Mario Mosbacher, Ihre Vision vom virtuellen Lernen vorzustellen. Ihr Ansatz ist es, digitale 3-D-Medien aus der Industrie in ein schlüssiges Konzept des virtuellen Lernens zu überführen. Ziel ist, eine gesellschaftliche und politische Diskussion anzustoßen und die Weiterentwicklung ihres Konzepts voranzutreiben. Auf meine Einladung hatten die Partner kürzlich die Gelegenheit, Idee und Technik hinter dem Projekt vor Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorzustellen. Dabei demonstrierten sie die technischen Möglichkeiten der Virtualisierung von Molekülen im Chemieunterricht oder der Funktionsweise des menschlichen Gehörs in Biologie. Für mich waren die vorgestellten Möglichkeiten extrem spannend. Ich bin überzeugt, dass sie zur Stärkung der Vorstellungskraft der Schüler beitragen können und einen echten Bildungsmehrwert ermöglichen. Oft eintöniger Frontalunterricht könnte deutlich aufgewertet werden und das Interesse der Schüler am Unterricht gestärkt werden. Als ein Land, das von der Bildung seiner Bürger abhängig ist, muss Deutschland jede Möglichkeit nutzen, um unsere Kinder bestmöglich auszubilden. Deshalb dürfen wir diesen richtungsweisenden Trend nicht ver-

schlafen. Zwar sind die Länder in Sachen Bildung gefordert, aber auch der Bund kann seinen Teil leisten. Das von Bundesbildungsministerin Johanna Wanka angekündigte 5-Milliarden-Euro-Paket soll die Digitalwende in der Schule einleiten und könnte deshalb auch die Basis für die Verbreitung dieser Techniken sein.

Bundestagsreden zur aktuellen Lage in Syrien und Afghanistan



In den vergangenen Wochen hatte ich im Rahmen von insgesamt drei Parlamentsdebatten die Gelegenheit, auf die Lage in Syrien und Afghanistan einzugehen. Während des traurigen Höhepunktes des Krieges verwies

ich schonungslos auf das Kollektivversagen der internationalen Staatengemeinschaft, allen voran Europas. Insbesondere dass wir Europäer im Falle Syriens als stille Beobachter bis heute im Wesentlichen am Spielfeldrand gestanden haben, obwohl die Region unmittelbar an unseren Kontinent grenzt und die Auswirkungen des fast 6-jährigen Bürgerkriegs mit Millionen Flüchtlingen unser Land betreffen und die Grundfesten der Europäischen Union erschüttern, ist für mich ein Fehler. Als Fazit gilt deshalb, dass wir als Verbund von Staaten mit mehr als 500 Millionen Bürgern und einer einzigartigen Wirtschaftskraft künftig in der Lage sein müssen, unsere Interessen frühzeitig zu benennen und überzeugend zu vertreten. Wir müssen deshalb dafür Sorge tragen, dass Europa ein starkes zweites Standbein der NATO ist. Zunächst müssen wir in Deutschland unsere Hausaufgaben machen und unsere Kapazitäten stärken. Darüber hinaus brauchen wir mehr europäische Zusammenarbeit, wenn es gilt, gemeinsam Interessen zu vertreten und universelle Werte zu verteidigen. Auch die Stärkung der Cyberabwehr und unserer Nachrichtendienste muss ganz oben auf der Agenda stehen. Wir müssen dafür sorgen, dass wir zumindest in unserer Einflussosphäre ernst genommen werden. Sonst sind unsere Überzeugungen und Werte in der Zukunft nichts mehr wert. Bei meinen Afghanistan-Reden ging es im Kern um die Verlängerung des Bundeswehrmandates und die Rückführung abgelehnter afghanischer Asylbewerber. Es ist aus meiner Sicht legitim und richtig, dass Deutschland die Menschen im Zusammenwirken mit

der afghanischen Regierung rückführt, wenn Sie nicht unseren Asylschutz fallen. Das betrifft nach der Einzelfallprüfung immerhin mehr als die Hälfte aller Fälle. Das gilt erst recht vor dem Hintergrund, dass sich viele tausend Soldaten, Polizisten und Entwicklungshelfer aus Deutschland Tag für Tag unter denselben gefährlichen Bedingungen für den Aufbau eines besseren Afghanistans einsetzen. Warum sollen sie dies können und die Afghanen nicht? Letztlich sind es die Afghanen selbst, die für die Zukunft ihres Landes verantwortlich sind. Aber gerade die Eliten sowie die jungen und leistungsfähigen Menschen sind es, die Kraft, Mittel und Möglichkeiten besitzen und aufwenden, um das Land als erste zu verlassen. Auf diese Menschen, die zu uns gekommen sind, kommt es beim Wiederaufbau also ganz besonders an. Auch die Mehrheit der afghanischen Parlamentarier sieht diesen „Brain Drain“ als große Gefahr für die Zukunft des Landes. Auch sie wollen, dass ihre Landsleute schnell zurückkehren. Anders wäre das Rückführungsabkommen mit Afghanistan überhaupt nicht möglich gewesen. Das gilt im Übrigen nicht nur für Afghanistan. Das gilt für alle Problemländer dieser Welt.

Übermittlung von Weihnachtsgrüßen an unsere deutschen Soldaten im Ausland

Auch in diesem Jahr gab es wieder eine Initiative des Deutschen Bundeswehrverbandes und der OASE-Einsatzbetreuung, ein Projekt der Evangelischen und Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung, um unseren rund 3.450 im



Ausland befindlichen Soldatinnen und Soldaten, die das Weihnachtsfest nicht im Kreise ihrer Familien verbringen können, Weihnachtsgrüße aus dem Deutschen Bundestag zukommen zu lassen. Für mich sind mein persönlicher Gruß und die besten Wünsche für das Weihnachtsfest fernab von Familie und Heimat nur ein kleines, aber sehr wichtiges Zeichen meiner Anerkennung und Wertschätzung für den Dienst, den unsere Soldatinnen und Soldaten unter Gefährdung von Leib und Leben für das Wohl unseres Landes leisten. Dennoch erachte ich diesen Ausdruck von Verbundenheit für die Soldaten unserer Parlamentsarmee als extrem wichtigen Vertrauensbeweis dafür,

dass sich die Abgeordneten intensiv mit den Rahmenbedingungen der Bundeswehr, den einzelnen Mandaten und möglichen Gefahren für jeden Soldaten beschäftigen. Schließlich müssen sich die Soldaten auch darauf verlassen, dass wir die richtigen Entscheidungen treffen, wenn wir sie in ein Mandat unter schwierigen Bedingungen schicken. Das gilt umso mehr, als dass die Mandate der Bundeswehr im Auswärtigen Ausschuss, in dem ich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion vertrete, federführend behandelt und debattiert werden.

Abgeordnete thematisieren regionale Zusammenarbeit rund um Afghanistan



Ein neuerliches Treffen der informellen Freundschaftsgruppe "Afghanistan-Pakistan" im Deutschen Bundestag, in der ich mich als einer der Initiatoren und Schirmherren engagiere, beschäftigte sich Anfang Dezember mit der schwierigen Situation in Afghanistan, die nicht nur auf die gesamte Region, sondern darüber hinaus auch auf Deutschland abstrahlt, wenn man unser militärisches Engagement vor Ort, aber auch die Flüchtlingsströme in Richtung Europa sieht. Einhellige Meinung aller Teilnehmer war, dass die Verbesserung der Sicherheit bis in das letzte Tal des Hindukusch hinein die Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklungen sei. Daneben komme es aber auch auf einen ökonomischen Aufschwung an, um den Menschen Lebensperspektiven zu bieten. Eine Möglichkeit, die Sicherheit zu verbessern und Wirtschaftswachstum zu stimulieren, ist sicherlich ein Ansatz der regionalen Zusammenarbeit, bei dem die politischen Spannungen der Nachbarn über gemeinsame wirtschaftliche Erfolge abgebaut und gegenseitiges Vertrauen aufgebaut werden kann. Ganz wesentlich seien neben der notwendigen Zusammenarbeit bei der Terrorbekämpfung die Kooperation in den

Bereichen Infrastruktur, Transport oder auch bei der Energieversorgung. Die beteiligten Länder können von den Stärken der anderen profitieren und eigene Schwächen oder fehlende Fähigkeiten ausgleichen. Dass dieses Modell gut funktionieren und Fortschritte generieren kann, sehen wir beispielsweise auch auf dem Balkan. Allerdings setzt dies großes, zurzeit viel zu oft fehlendes Vertrauen voraus, für das Deutschland in Afghanistan, aber auch Pakistan unverändert wirbt. Zunächst aber müssen wir uns weiter auch mit der Bundeswehr in Afghanistan engagieren. Denn ohne Sicherheit wird es niemals die notwendige wirtschaftliche Entwicklung geben. Länder wie China, Indien oder Russland, aber natürlich auch der Westen werden nur investieren, wenn sie sicher sein können, dass ihr Geld nicht in die Hände von Terroristen fällt. Das betrifft aber auch die Rechtssicherheit im Land.

Wahlachlese mit der montenegrinischen Staatssekretärin für Auswärtige Angelegenheiten und Europäische Integration



Jüngst ratifizierte der Deutsche Bundestag den NATO-Beitritt Montenegros, der ein wichtiges Etappenziel für die positive Entwicklung des etwa 600.000 Einwohner zählenden Balkanstaates auf dem Weg in die Europäische Union markiert. Dieses Ereignis nutzte ich in meiner Funktion als Länderberichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Europaausschuss zusammen mit meinem Kollegen Peter Beyer MdB als mein Pendant im Auswärtigen Ausschuss, um mit der montenegrinischen Staatssekretärin für Auswärtige Angelegenheiten und Europäische Integration, Vera Vera Joličić-Kuliš, über aktuelle Entwicklungen und zukünftige Herausforderungen ins Gespräch zu kommen. Dieser Austausch war auch ein Wiedersehen unter Freunden, da Frau Joličić-Kuliš bis Ende 2015 Botschafterin ihres Landes in Berlin war. In dem Gespräch ging es vor allem um das Ergebnis der kürzlich erfolgten Parlamentswahl, den Boykott durch die

Opposition, die notwendigen wirtschaftlichen Entwicklungen und natürlich auch um den weiteren Weg in Richtung Europa. Ich betonte, dass mit Blick auf die EU die Arbeit nun erst richtig losginge, und ermunterte Montenegro, den eingeschlagenen Reformkurs beizubehalten. Zugleich mahnte ich auch an, dass alle Menschen von wirtschaftlichem Aufschwung spürbar profitieren müssen, da sonst die Stimmung im Land kippen könne. Das zeige nicht zuletzt das knappe Wahlergebnis, wonach die Stimmen, die sich lieber nach Moskau orientieren wollen, gestärkt wurden. Die Wirtschaftsentwicklung gehört für mich sofort ganz oben auf die politische Agenda.

Adventsfeier des Gehörlosenvereins Villingen-Schwenningen



Bei der Adventsfeier des Gehörlosenvereins „Schwarzwald-Baar“ Villingen-Schwenningen e.V konnte ich in Ergänzung zu einem vorausgegangenem Gespräch mit Hilfe einer Gebärdendolmetscherin von Vertretern des Vereins aus erster Hand erfahren, mit welchen Maßnahmen die Politik jedem Einzelnen Hilfe und Unterstützung geben kann und welcher Bedarf bei Betroffenen tatsächlich besteht. Schließlich gab ich den Anwesenden einen Überblick über den Stand des Verfahrens beim Bundesteilhabegesetz, das in Berlin durchaus kontrovers diskutiert wird. Mit den Beratungen zum Bundesteilhabegesetz sollen nicht etwa die Eingliederungshilfe oder die Fürsorge wesentlich erweitert werden, sondern unterschiedliche und passgenaue Hilfen ermöglicht werden, wie beispielsweise im Bereich der Dolmetscher, die im Alltag und weit darüber hinaus unterstützen werden. Wir erweitern die Barrierefreiheit, ermöglichen mehr Selbstbestimmung und eine umfangreichere Teilhabe indem staatliche Leistungen wie aus einer Hand gewährt werden. Unser Ziel ist einerseits der Zusammenhalt der Gesellschaft und zum anderen, dass jeder

Betroffene ein möglichst selbstbestimmtes Leben führen kann.

DRK Kreisverband Wolfach und Diakonie Ortenau kooperieren bei Migrationsberatung



Der Bund finanziert als Teil seines breiten Integrationsangebotes die beiden Bundesprogramme "Migrationsberatung für Erwachsene (MBE)" und die "Jugendmigrationsdienste (JMD)", die im Oberen Kinzigtal vom DRK Kreisverband Wolfach und dem Diakonischen Werk im Ortenaukreis bei Bedarf angeboten werden. Bei einem Treffen mit den Verantwortlichen konnte ich mir in Hausach von der Arbeit der beiden Kooperationspartner und von bestehenden Problemen bei den Beratungsgesprächen ein Bild machen. Wir diskutierten die hohe Erfolgsquote des Konzepts der individuellen Begleitung mit Integrationsförderplan, Einzelfallberatung und Elternarbeit. Darüber hinaus informierte ich mich über die konkreten Fallzahlen vor Ort, betonte die Vorteile der Wohnsitzauflage und eines Dolmetscherpools und lobte die schnelle und unbürokratische Hilfe im Alltag und die enge Zusammenarbeit der MBE mit Jobcentern und Arbeitsagenturen, wodurch nachweislich die Zahl der ALG-II-Empfänger um 10-15% sinkt. Damit werden indirekt die öffentlichen Haushalte entlastet. Mit Blick auf die Asylpolitik der Bundesregierung und weniger als 300.000 neuen Asylbewerbern in diesem Jahr ist es unser Ziel, absehbar keinen neuen Anstieg zuzulassen. Deshalb geht es nicht darum, die Beratungsstrukturen immer weiter auszubauen, sondern die Spitze der Entwicklung der Flüchtlingszahlen vom letzten Jahr aufzufangen und abzubauen. Trotzdem haben wir im Zuge der Verhandlungen zum Haushalt 2017 den wichtigen, bedarfsgerechten Ausbau der Sprach- und Integrationskurse sowie der Migrationsberatung auch mit den in der Bereinigungssitzung des Bundestags bereitgestellten finanziellen Mitteln in Höhe von voraussichtlich zusätzlich 8 Millionen Euro

für den Jugendmigrationsdienst und weiteren 5 Millionen Euro für die Migrationsberatung für Erwachsene ausreichend finanziell unterlegt.

Politik und Schule im Gespräch – zu Besuch in der Realschule Blumberg



Politische Bildung ist ein wichtiger Baustein des Gemeinschaftskundeunterrichts an der Realschule Blumberg. Bereits zum dritten Mal besuchte ich die vier 9. Klassen der Schule, um mich jeweils eine gesamte Schulstunde mit den Schülerinnen und Schülern über die aktuellen Themen in Deutschland, Baden-Württemberg und unmittelbar vor Ort auszutauschen. Nach einem kurzen Impulsvortrag zu meinen Aufgaben und Verpflichtungen als Abgeordneter des Deutschen Bundestages ging ich auf die zahlreichen Fragen der Schüler zu den Herausforderungen der Globalisierung mit massiven Flüchtlingsbewegungen, zu notwendigen Integrationsmaßnahmen für die Vermeidung von Parallelgesellschaften und die Gefahr des islamistischen Terrors ebenso ausführlich ein, wie auf das politische Phänomen Donald Trump, dessen Wahlkampfversprechen und – rhetorik und die politischen Situationen in der Türkei, in Großbritannien und in Russland.

Kindergarten St. Josef in Oberwolfach setzt Maßstäbe – Bundesprogramm "Kitaplus" feierlich vorgestellt



Gemeinsam mit Volker Schebesta, dem Staatssekretär im Ministerium für Kultur, Jugend und Sport, und den hiesigen Abgeordnetenkolleginnen besuchte ich den katholischen Kindergarten St. Josef in Oberwolfach anlässlich seiner Aufnahme in das Bundesprogramm "KITAPlus" :

Weil gute Betreuung keine Frage der Uhrzeit ist" um aus erster Hand mehr über passgenaue, am Bedarf der Familien orientierte Betreuungsangebote als einen Baustein zur verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erfahren. Eine gute Kinderbetreuung und frühe Förderung für alle Kinder gehört zu den wichtigsten Zukunftsaufgaben in Deutschland, damit junge Menschen ihren Wunsch nach Kindern auch verwirklichen können. Wir brauchen durch den Strukturwandel der letzten Jahre in der Kindertagesbetreuung flexiblere, bedarfsgerechtere Betreuungsangebote und eine guten Qualität in der Fläche. Dafür hat der Bund bis 2014 insgesamt 5,4 Milliarden Euro in den Ausbau U3 investiert und wird ab 2015 sein finanzielles Engagement dauerhaft mit jährlich 845 Millionen Euro verstetigen, um bundesweit ein bedarfsgerechtes und qualitativ gutes Angebot an Betreuungsplätzen insbesondere für Kinder unter drei Jahren zu schaffen. Eltern geben das Wertvollste was sie besitzen in die Hände der Kita-Betreuerinnen. Da ist es nur selbstverständlich, dass wir die Rahmenbedingungen so gestalten müssen, dass Eltern und Kinder optimal profitieren können und die besondere Lebensqualität des ländlichen Raumes zu einem Standortfaktor für Oberwolfach wird. Das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Bundesprogramm "KitaPlus" greift diese Problematik fehlender verlässlicher und flexibler Angebote in Kitas und Kindertagespflege, die insbesondere Alleinerziehende daran hindern kann, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, auf. Der Kindergarten St. Josef in Oberwolfach setzt in diesem Bereich Maßstäbe und ich werde mit den Verantwortlichen der kirchlichen Träger und der Kommune daran arbeiten, dass die hervorragende Arbeit im Rahmen dieser Maßnahme auch über die drei geförderten Jahre hinaus fortgesetzt werden kann.

Übergabe eines Elektroautos an die Gewerblichen Schulen Donaueschingen

Nach der Fertigstellung des Carports an den Gewerblichen Schulen Donaueschingen in diesem



Jahr war es mir wichtig, nun auch der abschließenden Übergabe des Fahrzeugs beizuwohnen. Dieses beispielgebende Leuchtturmprojekt hat die Automobilität unter den Aspekten Generationengerechtigkeit,

Nachhaltigkeit und Umweltschutz neu interpretiert. Schon das Motto "Unsere Schule fährt die Zukunft" hat die Beteiligten während des Projekts nicht nur zusammengeschweißt, sondern steht für die Stärke, Kompetenz und Zukunftsfähigkeit des beruflichen Schulwesens im Schwarzwald. Die Initiative der 7 Schüler der Klasse 12 am Technischen Gymnasium der Gewerblichen Schulen Donaueschingen, die darauf abzielt, das Elektroauto den Schülern, Lehrern und zu guter Letzt einer breiten Öffentlichkeit nun im Rahmen eines Carsharing-Modells zur Verfügung zu stellen, zeigt was alles mit vereinten Kräften auf lokaler Ebene möglich ist. Auch wenn Deutschland vom selbst gesteckten Ziel, bis 2020 eine Million Elektroautos auf deutschen Straßen zu haben, noch meilenweit entfernt ist, führt an Zukunftstechnologien im Bereich der Elektromobilität mittelfristig kein Weg vorbei. Die noch zu verabschiedende Förderrichtlinie zur Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge der Bundesregierung, die für eine flächendeckende Ladeinfrastruktur mit bundesweit etwa 15.000 Ladesäulen insgesamt ca. 300 Millionen Euro bereitstellen soll, ebnet hoffentlich den Weg, um den Wechsel vom Verbrennungsmotor zur Elektromobilität zu schaffen.

Besuch des Gymnasiums am Deutenberg in Villingen-Schwenningen



Mit über 100 Schülern der 10. Klassen sowie der 1. Kursstufe des Gymnasium am Deutenberg in Villingen-Schwenningen diskutierte ich intensiv politische und gesellschaftliche Themen und analysierte aktuelle Herausforderungen, wie bspw. die Globalisierung und ihre Konsequenzen für unser Zusammenleben in Zeiten der Digitalisierung. Die Digitalisierung verändert unser Leben! Das sieht man beispielsweise in der Arbeitswelt oder den verschiedenen Formen der Kommunikation. Auch die Millionen Flüchtlinge in der Welt sind ein Teil der Globalisierung. Deshalb müssen wir unsere Interessen, unsere Werte in die Welt tragen, die heute aufgrund der Digitalisierung wie ein

Dorf wirkt und brauchen realistische Ansätze, um die Flüchtlingskrise zu lösen. In der Diskussionsrunde auf Afghanistan angesprochen, betonte ich deshalb, dass wir die Rückführungen in dieses Land erleichtern müssen. Nicht überall herrscht Krieg in Afghanistan. Und es ist für das Land sehr viel besser, wenn die jungen Köpfe vor Ort bleiben und mithelfen, das Land wieder aufzubauen. Des Weiteren sprachen die Schülerinnen und Schüler die gesamte Themenpalette der Politik an. Rentenpolitik, Home-Ehe, Syrienkrieg, Frauenquote, Bildungspolitik, Bundeskanzlerin Angela Merkel oder Donald Trump sind nur einige Beispiele von vielen, für die sich die jungen Menschen interessierten. Das ermöglichte mir auch allerhand Neues zu erläutern, so beispielsweise den in den Medien kaum auftauchenden Jemen-Konflikt, bei dem tausende Menschen getötet und vor allem Kinder an Durst und Hunger leiden. Bereits eingangs des Termins kam ich mit dem Schulleiter Manfred Koschek und Elternvertretern der Schule zusammen, um über derzeitige Entwicklungen an den Schulen im Allgemeinen zu sprechen. Vor allem mögliche Fördermittel, etwa im Bereich der Digitalen Medien waren Thema. Hier wird der Bund im kommenden Jahr ein Förderprogramm von 5 Milliarden Euro auflegen, um die Länder zu unterstützen, die Digitalisierung ihrer Schulen voranzutreiben.

Sterntaleraktion des Weihnachtswäldchens Donaueschingen



Die Sterntaleraktion des Weihnachtswäldchens Donaueschingen begleitete ich als Schirmherr. Ein besonders schöner Moment eines ganz besonderen sozialen Projekts war die Übergabe der insgesamt 103 Geschenke an Kinder des Mariahof Hüfingen, des Kinderhauses am Buchberg in Behla und Biesingen und Vertreter des Arbeitskreis Asyl in Donaueschingen im Rahmen einer kleinen Feierstunde. Die nun beschenken Kinder der drei kooperierenden Einrichtungen der

Kinder- und Jugendhilfe hatten auf Initiative von Alexandra Meier und Bea Hoffmann-Heyden als Organisatoren des Weihnachtswäldchens 103 Papierweihnachtssterne individuell gestaltet. Diese persönlichen Sterne konnten Besucher der alten Hofbibliothek Donaueschingen im Vorfeld und während des neu aufgelegten Weihnachtsmarktes "Weihnachtswäldchens" gegen ein kleines Geschenk austauschen. Mein Dank galt vor allem den vielen Kindern für das Vorbild an die Erwachsenenwelt, denn wenn ich bereit bin etwas zu geben, mich einzusetzen und anderen eine Freude zu machen, bekomme ich dafür auch etwas wieder. Ein toller Erfolg einer bemerkenswerten Aktion, die den weihnachtlichen Gedanken der Nächstenliebe aufgreift und Kindern eine Freude macht.

Mit dem Baubeginn für die zweite Brücke über das Gauchachtal bei Döggingen ist 2019 zu rechnen.

Im Juli 2002 erfolgte die Verkehrsfreigabe für die Ortsumfahrung Döggingen mit zwei Tunnelröhren. Damals wurde aus Haushaltsgründen nur die nördliche Brücke gebaut, der Bau einer südlichen Brücke wurde verschoben. Seitdem fließt der Verkehr für beide Tunnelröhren lediglich über eine Brücke. Eine Behebung des Verkehrsenpasses steht jetzt in Aussicht. Die Entwurfsplanung soll bis Ende 2017 fertiggestellt sein. 2018 sollen die Ausschreibungsunterlagen erstellt werden. 2019 könnte dann mit dem Bau begonnen werden. Mit einer Bauzeit von rund drei Jahren wird gerechnet. Das Verkehrsministerium Baden-Württemberg koordiniert federführend den Bau als ein Pilotprojekt des Landes zur Einführung des neuen Planungs- und Baubegleitungsinstrumentes „Building Information Modeling“ (BIM). Die Finanzierung soll nach bisheriger Aussage des Bundesministeriums für Verkehr und digitaler Infrastruktur mit Mitteln für Um- und Ausbaumaßnahmen erfolgen. Meine Kollege im Landtag, Karl Rombach, und ich freuen uns sehr, dass an der Behebung des Verkehrsenpasses auf der B 31 bei Döggingen gearbeitet wird. Wir wollen auf Bundes- und Landesebene den Bau der zweiten Brücke über das Gauchachtal mit aller Kraft politisch unterstützen.

Thorsten Frei fordert von Landesverkehrsminister Hermann und Regierungspräsidentin Schäfer schnellen Beginn der Planungsarbeiten beim Lückenschlusses B523!

In der letzten Sitzungswoche hat der Deutsche Bundestag mit dem Beschluss der drei Ausbaugesetze die Arbeiten am Bundesverkehrswegeplan abgeschlossen und damit den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland bis 2030 vorgezeichnet. Da Bundesverkehrsminister Dobrindt im parlamentarischen Prozess mehrfach klargestellt hat, dass es keine weitere Priorisierung im "vordringlichen Bedarf" durch den Bund geben wird, habe ich Regierungspräsidentin Schäfer und Landesverkehrsminister Hermann noch einmal zu einem schnellen Beginn der Planungsarbeiten für den zweiten Bauabschnitt des „Lückenschlusses“ B523 bei Villingen-Schwenningen aufgefordert. Mehr zu diesem Thema erfahren Sie [hier](#).



Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: thorsten.frei@bundestag.de
Internet: www.thorsten-frei.de
facebook: www.facebook.de/ThorstenFreiCDU
YouTube-Kanal: Thorsten Frei